

BÜRGERRECHTE

Die Gene der Gangster

In Luxemburg werden demnächst DNA-Datenbänke zur strafrechtlichen Ermittlung eingerichtet - und keinen interessiert's. Doch ExpertInnen warnen vor einem gravierenden Einschnitt in die Persönlichkeitsrechte.

Nicht weniger als den "Siegeszug des Sachbeweises" stellt die europaweite Einführung von DNA-Datenbanken zur Identitätsfeststellung nach Meinung euphorischer Kriminologen dar. Auch Justizminister Luc Frieden wünscht seit langem die Einrichtung einer solchen Datei, um Kriminellen schneller auf die Schliche kommen zu können.

Doch während die Speicherung der verharmlosend als genetischer Fingerabdruck bezeichneten DNA-Profile in anderen Ländern Ergebnis einer langwierigen heftigen gesellschaftlichen Debatte ist, scheint ein entsprechender Gesetzesentwurf in Luxemburg sang- und klanglos rechtskräftig zu werden. Datenschutzkommission, Generalstaatsanwaltschaft und Staatsrat haben ihre Anmerkungen bereits eingereicht, die juristische Kommission hat das "projet de loi" mit der Nummer 5356 entsprechend bearbeitet. Seit 31. Januar dieses Jahres befindet der Text sich nun wieder beim Staatsrat. Wenn von dort keine Beanstandungen mehr kommen, liegt der Entwurf unter Umständen bald dem Plenum zur Abstimmung vor.

Vorgesehen sind zwei Datenbänke: Eine für den Bereich "Kriminalistik", die sich auf DNA-Analysen während laufender Ermittlungsverfahren bezieht. Dies umfasst beispielsweise auch Vergewaltigungsfälle, die propagandistisch besonders gern als Argument für derartige Dateien herangezogen werden. In der zweiten Datenbank sollen die DNA-Profile von Verurteilten gespeichert werden. Beide Male soll gelten: Zur Anwendung kommt die DNA-Analyse dann, wenn ein tatsächliches oder aufgrund der Schwere der Tat zu erwartendes Strafmaß von zwei Jahren oder mehr vorliegt.

"Die DNA-Identitätsfeststellung ist hieb- und stichfest", sagt Félix Braz, der für die Grünen in der juristischen Kommission sitzt. "Sie wird gebraucht, um in laufenden Ermittlungsverfahren Tatverdächtige zu entlasten oder zu überführen".

Gespeichert werde dabei nur so genannte nicht-kodierende DNA, beschwichtigt Braz eventuelle Kritiker. "In die Datenbanken wird also nichts aufgenommen, was über eine bestimmte genetische Veranlagung Auskunft geben könnte". Doch ob diese Aussage stimmt, kommt auf die Definition "genetischer Veranlagung" an.

DNA ohne Erbinformation

Desoxyribonukleinsäure (engl. Abkürzung DNA) besteht im Prinzip aus einer Verkettung vier verschiedener Aminobasen. Ein DNA-Strang enthält jedoch zu 90 Prozent Abschnitte ohne spezifische Erbinformation, also ohne "Bauplan" für den Zellaufbau. Dieser überwiegende Teil wird als "nicht-kodierend" bezeichnet. Auskunft über Geschlecht, Ethnie oder bestimmte Krankheitsdispositionen lässt er aber beispielsweise dennoch zu.

Bei der in Luxemburg vorgesehenen DNA-Analyse mittels des PCR-Verfahrens (Polymerasekettenreaktion) reichen geringste Mengen von DNA für eine Aufbereitung und Untersuchung aus. Denn mit dem genannten Verfahren wird die DNA einfach künstlich vervielfacht. Komplementär soll im Großherzogtum auch mitochondriale DNA untersucht werden dürfen, also DNA-Material ohne Zellkern. Dieses jedoch, merken Kritiker wie der deutsche Kriminologe Detlef Nogala vom Freiburger Max-Planck-Institut für internationales und ausländisches Strafrecht an, "ist sehr viel empfindlicher gegen bewusste oder zufällige Kontaminationen des Spurenmaterials mit Fremd-DNA".

Zuverlässige und nachvollziehbare Spurenbehandlung vom Tatort bis ins Labor stellen für Kritiker neben einer grundsätzlichen Infragestellung solcher Datenbänke ohnehin das größte Problem dar. Doch darüber will Gérard Lommel, Vorsitzender der nationalen Datenschutzkommission, gar nicht erst reden: "Unsere Stellungnahme zu dem Gesetzesprojekt haben wir vor anderthalb Jahren abgegeben. Dem haben wir eigentlich nicht viel hinzuzufügen." Als Einzelperson könne er nicht im Namen der Kommission sprechen, weshalb er lediglich auf die am 8. Oktober 2004 eingegebenen Anmerkungen verweist.

Als wichtigster Punkt erscheint Lommel dabei, ob der Bezug auf ein Strafmaß von mindestens zwei Jahren den Anwendungsbereich der Datenbank nicht zu groß macht. Das belgische Recht gehe von fünf, das französische gar von zehn Jahren Gefängnisstrafe aus. Besondere Vorsicht sei auch bezüglich der Sicherheit der Datei angebracht: "Das wird wohl die sensibelste

Datenbank des Großherzogtums sein", so Lommel. Vielleicht wird man also in diesem Fall auf einen Hotmail-Server verzichten.

Hinsichtlich möglicher Manipulationen verwies Lommel lediglich auf jene Aspekte im "projet de loi", die Professionalitätsstandards für die in Anspruch genommenen ausländischen Labors und deren Mitarbeiter, sowie für die luxemburgischen Polizeikräfte definieren. "Wir haben nicht jeden Veränderungsvorschlag im Detail verfolgt", bescheidet er weitere Nachfragen. Die Datenschutzkommission will und kann als staatliche Institution die Funktion eines konsequenten Kritikers also nicht übernehmen.

Doch auch die Grünen fühlen sich in dieser Rolle fremd. Félix Braz, der den jetzigen Entwurf für "ein sehr ausgewogenes Gesetz" hält, verweist lieber auf die Möglichkeit, die Nichtigkeit der DNA-Analyse als Beweis zu beantragen: "Beim geringsten Formfehler kann dieses Beweismittel für null und nichtig erklärt werden." Dies gelte für jede Etappe vom Beschluss der DNA-Entnahme bis zur Analyse.

Manipulationen kaum nachweisbar

Doch welcher Laie verfügt über die Kompetenz geschweige denn die technischen Mittel, Manipulationen festzustellen oder gar nachzuweisen? Die französische Ecole Nationale de la Magistrature (ENM) stellte in einer Expertise fest, dass selbst Richter "nur schwer ermessen" können, "ob die ihnen unterbreiteten Untersuchungsergebnisse eine zuverlässige Identifizierung erlauben".

Eine logische Konsequenz für Beschuldigte wäre, unabhängige Gutachter einzuschalten. Derartige Untersuchungen sind, wie die ENM bemerkt, jedoch "so aufwendig, dass private Sachverständige bzw. kleinere Labors nicht die Ausrüstung zur Erstellung von Gutachten haben". De facto haben die staatlichen Strafverfolgungsbehörden hier also eine Monopolstellung.

Auch an anderer Stelle nehmen es die beteiligten Akteure mit der Stellung des Staates nicht so genau: So findet es Datenschützer Lommel lediglich aus formalen Gründen "komisch", dass der Generalstaatsanwalt laut der aktuellen Version des Gesetzestexts sowohl für die Kontrolle als auch für die Führung der Datenbank verantwortlich ist. Auch Félix Braz sieht die Wächterfunktion in diesem Fall nicht bei den Datenschützern. Die Unabhängigkeit der Ermittler, die ja ohnehin rechtsstaatlichen Prinzipien verpflichtet seien, müsse gewährleistet sein. Gewaltenteilung als juristische Poesie - bei soviel Vertrauen in den Staat stellt sich natürlich die gesamte Debatte über DNA-Datenbänke als verzichtbar dar.

"Es ist immer besser, wenn es eine öffentliche Diskussion gibt", meint Braz. Vielleicht habe die Thematik aber auch "nicht die Bedeutung, die sie spontan zu haben scheint". Die schärfsten Kritiker seien zudem nicht automatisch im Recht. Das mag stimmen. Vorerst jedoch ist es Zeit, dass sich in Luxemburg überhaupt welche zu Wort melden.

Thorsten Fuchshuber

Chamber stimmt Klimahandel zu

Sozusagen im Endspurt versuchten Mouvement Ecologique und Action Solidarité Tiers Monde zusammen mit dem Cercle de Coopération der Luxemburger Dritte-Welt-Organisationen, die Umweltkommission der Abgeordnetenversammlung dazu zu bewegen, zumindest ein paar Zugeständnisse in Sachen Emissionshandel zu machen. Aber Berichterstatter Roger Negri machte auf RTL deutlich: Einen verpflichtenden Passus, mindestens die Hälfte der CO₂ Einsparungen im eigenen Lande zu erreichen, wird es nicht geben. Die NGOs blitzten damit beim ehemaligen Meco-Mandatär genau so ab wie der Staatsrat, der ebenfalls darauf hinwies, Sinn des Kyoto-Protokolls sei es, eigenen Anstrengungen Vorrang vor einem Freikauf zu geben. Die Chamber-Mehrheit griff ebenfalls die Idee eines Kontrollgremiums, das im Rahmen des Emissionshandels finanzierte Projekte in Drittländern kritisch begutachten soll, nicht auf. Dabei waren die NGOs der Realpolitik bereits weit entgegen gekommen, haben sie doch das Prinzip, gänzlich auf den Emissionshandel zu verzichten, aufgegeben. Der Vorentwurf des Kommissionsberichts, der am Donnerstag verabschiedet wurde, scheint der Kompetenz der genannten Organisationen - immerhin handelt es sich unter anderem um die Hauptinitiatoren des "Klimabündnis Lëtzebuerg" - wenig Gewicht beizumessen, ihre Ansichten werden im Vorentwurf nicht einmal erwähnt.

Eine Chance für den Hochofen

"Nicht abreißen!" - so lautet ein Aufruf des Mouvement Ecologique Süden und des Historikers Denis Scuto an die Regierung betreffend die beiden Hochöfen auf Esch-Belval, der von einer Reihe von Luxemburger Persönlichkeiten unterschrieben wurde. Der Regierungsrat hatte vor kurzem entschieden, Ende Februar wesentliche Teile des Hochofenareals abtragen zu lassen - obwohl das Parlament sich für seinen Erhalt ausgesprochen hatte, obwohl es seit 2000 auf dem "inventaire supplémentaire des monuments historiques" steht, und obwohl die nationale Denkmalschutzkommission den Staat schon mehrmals aufgefordert hat, es definitiv zu klassieren. Das Gegenteil ist passiert. Der Mouvement Ecologique weist in seinem Appell darauf hin, dass "phasenweise immer wieder wesentliche Elemente des industriellen Patrimonioms graduell demontiert" wurden. Verantwortlich für die schleichende Zerstörung ist vor allem die Besitzerin der Belval-Brachen, die aus Staat, Arcelor und Gemeinden zusammengesetzte Gesellschaft Agora, die aus finanziellen Beweggründen nicht am Erhalt der Hochöfen interessiert ist. Aber auch der Fonds Belval, der unter Direktor Alex Fixmer als Bauherr der "Cité des Sciences, de la Recherche et de l'Innovation" auftritt, scheint in dem Dossier eine zweifelhafte Rolle zu spielen.

Le drame de Schrassig commémoré

A l'appel du "Collectif réfugiés Luxembourg", soutenu par le Clae et le Service migrants et réfugiés de la Croix-Rouge, une quarantaine de personnes s'est réunie ce jeudi sur la place Clairefontaine. Il s'agissait de rendre hommage à la victime de l'incendie qui s'était produit au centre de rétention de Schrassig le lundi dernier. De plus, si ce drame a causé la mort d'une personne, trois autres ont subi de graves blessures, les marquant à vie. Après l'observation d'une minute de silence, le porte-parole rappela la position ainsi qu'une partie des propositions du collectif transmises aux autorités en janvier. Pourtant, le collectif ne considère pas un tel centre de rétention comme une solution idéale. Comme l'indique un tract distribué aux personnes présentes, "les autorités ne doivent recourir à la rétention qu'en cas de stricte nécessité", et que "des alternatives à la rétention peuvent être envisagées". Quant au groupe de travail "Migrations" également présent, il a plaidé, par voie de tract, contre le principe même de la rétention, se basant sur un texte de la Ligue des droits de l'homme de Belgique. La victime étant de nationalité algérienne, un représentant de cette communauté, Benyoucef Loualiche, a pris la parole. Il a également annoncé la création officielle prochaine d'une association d'Algériens au Luxembourg.

